



2020/48 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2020/48/keine-bestnote-verdient>

Die zweite Welle der Pandemie trifft Schulen in besonderem Maß

Keine Bestnote verdient

Von **Tilman Bärwolff**

Bund und Länder können sich nicht auf neue Infektionsschutzmaßnahmen im Bildungsbereich einigen. Schüler und Lehrkräfte leiden unter den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und der Sparpolitik der vergangenen Jahre.

Schlechte Stimmung im Klassenzimmer: Überlastete Eltern, fehlende Unterrichtsmaterialien und Unwissen über digitale Lernformate führten zu Beginn der Covid-19-Pandemie zu teils skurrilen Szenen, wie man sie etwa auf der Videoplattform Zoom beobachten konnte. Dort machten sich Schüler einen Spaß daraus, ihre in der digitalen Welt unerfahrenen Lehrer vorzuführen, beispielsweise indem sie sie kurzerhand aus der Zoom-Sitzung entfernten.

Als Ende April die Zahl der Neuinfektionen langsam sank und die Schulen schrittweise wieder geöffnet wurden, einigten sich die Kultusminister der Länder auf einen Maßnahmenkatalog. Dieser sah die zeitliche und räumliche Aufteilung der Schüler in Lerngruppen vor; ein Hygieneplan beinhaltete die Einhaltung von Mindestabständen und regelmäßiges Lüften. Eine bundesweite Maskenpflicht während des Unterrichts wurde nicht beschlossen.

Obwohl eine zweite Welle der Pandemie absehbar war und Bund und Länder genug Zeit zur Vorbereitung besaßen, scheint es, als hätten die Verantwortlichen diese nicht ausreichend genutzt.

Angesichts der abermals hohen Infektionszahlen stellt sich erneut die Frage, wie die Gesundheit von Schülern und Lehrpersonal zu schützen sei. Um Bildungsgerechtigkeit zu gewährleisten, empfahlen Bildungsforscher nach dem Ende der ersten Pandemiebeschränkungen, die Schulen zu öffnen. Der Bildungsforscher Kai Maaz wies im Gespräch mit der Tageszeitung *Nürnberger Nachrichten* darauf hin, dass nicht allen Schülern die gleichen technischen Möglichkeiten zur Verfügung gestanden hätten. Auch hätten nicht alle Eltern ihre Kinder im gleichen Maß unterstützen können. »Man muss darauf achten, dass das nicht zu Entwicklungsrückständen führt. Schon deswegen ist es wichtig, dass Schulen offen bleiben und Begegnungsraum sind«, sagte er. Dabei spiele die

Digitalisierung die entscheidende Rolle: »Wie kann man hybride Formen gestalten – für den Fall, dass ein Teil der Schülerinnen vor Ort ist und der andere nicht? Wie kann man auch in dieser Phase stabile soziale Beziehungen aufrechterhalten, die grundlegend sind, um erfolgreiche Lernprozesse zu initiieren und nachhaltig zu machen?«

Obwohl eine zweite Welle der Pandemie absehbar war und Bund und Länder genug Zeit zur Vorbereitung besaßen, scheint es, als hätten die Verantwortlichen diese nicht ausreichend genutzt. So gibt es mehrere Wochen nach Inkrafttreten der derzeitigen Kontaktbeschränkungen noch immer keine Einigung über ein Vorgehen zum Infektionsschutz an Schulen. Der Bund forderte bei einem Gipfeltreffen mit den Ländern am 17. November Maskenpflicht im Unterricht und auf dem Pausenhof, eine Halbierung der Klassen, sofern keine größeren Räume zur Verfügung stehen, sowie Mindestabstände in Schulbussen. Mehrere Länder plädierten jedoch dafür, zunächst nur die weiteren Entwicklungen zu beobachten.

Ulf Rödde, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), kritisierte die fehlende Einigung zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und den Ministerpräsidenten scharf. Im Gespräch mit der *Jungle World* sagte Rödde, das im Oktober veröffentlichte Infektionsschutzkonzept des Robert-Koch-Instituts (RKI) solle verwirklicht werden. Dies sei die Voraussetzung dafür, dass die Schulen so lange wie möglich offen bleiben können, so Rödde. Das Konzept sieht neben stärkerer räumlicher Trennung des Unterrichts kleinere Gruppengrößen vor. Wenn die Zahl an Neuinfektionen lokal steigt, sollen die Klassen außerdem weiter verkleinert und die Schüler zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes verpflichtet werden. Zudem soll mehr Wechselunterricht stattfinden.

»In der vertagten Entscheidung erkennen wir vor allem den Unwillen der Länder, sich an die medizinischen Empfehlungen der Wissenschaft zu halten«, sagte die bildungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Linkspartei, Birke Bull-Bischoff, auf Anfrage der *Jungle World*. Der bisherige Plan der Kultusministerkonferenz bleibe hinter den Empfehlungen des RKI zurück und ignoriere die Hilferufe der Schulen zu großen Teilen.

Bull-Bischoff schlägt vor, der Bund könne zum Beispiel mittels Luftfilteranlagen oder CO₂-Messgeräten die Schulen dabei zu unterstützen, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Entsprechende Förderprogramme gebe es jedoch bisher entweder nicht oder sie blieben wirkungslos. Der Abgeordneten zufolge habe der Bund gerade einmal 14 öffentlichen Einrichtungen eine Förderung für Luftfilteranlagen zugesagt. Eine Förderung könnten dabei nur diejenigen Schulen in Anspruch nehmen, die bereits festinstallierte Belüftungsanlagen besäßen. Es werde aber weder erhoben, wie viele Schulen von einer Förderung profitierten, noch sei eine Ausstattung mit mobilen Luftfiltern im Förderplan enthalten oder vorgesehen. Stattdessen fordert Bull-Bischoff, dass der Bund die mobilen Filtersysteme unbürokratisch finanziere und eine angemessene Schutzausstattung, wie FFP2-Masken oder Plexiglas-Schutzwände, bereitstelle.

Rödde sagte, die mangelnde Handlungsbereitschaft treffe auf ein Bildungssystem, das sich ohnehin in der Krise befinde, was dessen Schwächen und Defizite »wie unter einem Brennglas deutlich sichtbar macht«. Fachkräftemangel und unterbliebene Investitionen in

einer Höhe von über 40 Milliarden Euro kennzeichneten diese Krise; zudem sei deutlich geworden, wie sehr bislang die Etablierung digitaler Bildungsmöglichkeiten verschleppt worden sei. Vor allem die Folgen der Personalknappheit machen den Beschäftigten zu schaffen, so Rödde.

Im Gespräch mit der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* machte Laura Pooth, die nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der GEW, darauf aufmerksam, dass Lehrkräfte derzeit völlig erschöpft seien. Doppelklassen und die Durchsetzung von Hygienemaßnahmen täten ein Übriges, um das Lehrpersonal an den Rand seiner Kräfte zu bringen.

Bull-Bischoff findet es nicht nachvollziehbar, dass in den vergangenen Jahren so viel kaputtgespart worden sei und diese Politik auch im konkreten Krisenfall noch fortgesetzt werde. »Zugleich erhalten Auto- und Luftfahrtkonzerne Hilfen in Milliardenhöhe. Das ist doch nicht mehr erklärbar«, so die Abgeordnete.